



Stellenausschreibung

Wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in - Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 23/Op03

Universität Greifswald, 23.01.2023 | Bewerbungsfrist: 06.02.2023

Am **Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insb. Verwaltungsrecht und Umweltrecht** der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Greifswald ist vorbehaltlich der Mittelbewilligung **voraussichtlich zum 01.03.2023** eine Stelle als teilzeitbeschäftigte*r (50 v. H.)

wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in

befristet bis zum 31.10.2024 zu besetzen. Die Vergütung erfolgt nach Entgeltgruppe 13 TV-L Wissenschaft.

Die ausgewählte Person wird für Prof. Dr. Sabine Schlacke für den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung globale Umweltveränderungen tätig. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde 1992 als unabhängiges wissenschaftliches Beratergremium eingerichtet. In Gutachten soll der WBGU globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme analysieren, Forschung zur global nachhaltigen Entwicklung auswerten, Forschungsdefizite aufzeigen und Impulse für die Wissenschaft geben, im Sinne von Frühwarnung auf neue Problemfelder hinweisen, globale Nachhaltigkeitspolitik bewerten, Handlungs- und Forschungsempfehlungen geben. Durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit soll der WBGU das Bewusstsein für die Herausforderungen global nachhaltiger Entwicklung fördern. Prof. Dr. Sabine Schlacke ist seit 2008 Mitglied und seit 2016 Co-Vorsitzende des WBGU.

Arbeitsaufgaben:

- Unterstützung bei rechtswissenschaftlichen Analysen und Bewertungen sowie allen weiteren Tätigkeiten rund um den WBGU (z. B. Präsentationen - Arbeitsorganisation)
- Erarbeitung von Hintergrundrecherchen, -papieren und Textvorschlägen für die WBGU-Produkte
- Zusammenarbeit in interdisziplinären Teams
- Regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen des WBG (einmal pro Monat, i. d. R. in Berlin)
- Möglichkeit zur Promotion ist gegeben

Einstellungsvoraussetzungen:

- Bewerber*innen sollten die Erste Juristische Prüfung erfolgreich (mindestens mit "Befriedigend") abgeschlossen haben

Weitere **Kenntnisse und Fähigkeiten**, die bei der Besetzung maßgeblich berücksichtigt werden, sind:

- gute Englischkenntnisse (vergleichbar C1-Niveau); bei fehlender Qualifikation wird die Bereitschaft erwartet, sich kurzfristig berufsbegleitend fortzubilden
- sicherer Umgang mit Officeanwendungen wie Word, Outlook und ppt-Präsentationen

- Qualifikationen im Öffentlichen Recht, insbesondere Umweltrecht mit ihren jeweiligen unions- und völkerrechtlichen Bezügen

Diese Ausschreibung richtet sich an alle Personen unabhängig von ihrem Geschlecht. Die Universität will eine Erhöhung des Frauenanteils dort erreichen, wo Frauen unterrepräsentiert sind; daher sind Bewerbungen von Frauen besonders willkommen und werden bei gleichwertiger Qualifikation vorrangig berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Gemäß § 68 Absatz 3 PersVG M-V erfolgt die Beteiligung des Personalrats in Personalangelegenheiten des wissenschaftlichen/künstlerischen Personals nur auf Antrag.

Kosten, die Ihnen im Rahmen des Bewerbungsverfahrens entstehen, können vom Land Mecklenburg-Vorpommern leider nicht übernommen werden.

Wir weisen darauf hin, dass die Einreichung der Bewerbung eine datenschutzrechtliche Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Bewerberdaten durch uns darstellt. Näheres zur Rechtsgrundlage und Datenverwendung finden Sie [hier](#).

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind per E-Mail (eine pdf-Datei) unter Angabe der Ausschreibungsnummer **23/Op03** bis zum **06.02.2023** zu richten an:

Universität Greifswald
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
Lehrstuhl für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Verwaltungsrecht und Umweltrecht
Frau Prof. Dr. Sabine Schlacke
Ernst-Lohmeyer-Platz 1
17489 Greifswald

jpriess@uni-greifswald.de (Sekretariat)

